

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt

22-19927

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Mögliche Wärmehallen für Braunschweig

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

28.10.2022

Beratungsfolge:

Ausschuss für Soziales und Gesundheit (zur Beantwortung)

Status

11.11.2022

Ö

Sachverhalt:

Die Energiesicherheit steht aktuell bei der Frage nach den drängendsten Problemen bei vielen Deutschen ganz oben auf der Liste. Der Blick richtet sich dabei sorgenvoll auf diesen Winter, aber auch schon in das nächste Jahr.

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine bedeutet in seiner Konsequenz auch Einschränkungen bei der Versorgung mit Gas und Strom. Neben einer weiteren drastischen Verteuerung kommt in den kalten Monaten nun sogar die Gefahr einer fehlenden Verfügbarkeit hinzu. Niedersachsens derzeitiger Umwelt- und Energieminister Olaf Lies (SPD) rechnet aktuell zwar nicht damit, dass im Winter in Deutschland flächendeckend das Gas abgedreht wird. Man müsse „aber auf Härten vorbereitet sein.“ Lies äußerte in dem Zusammenhang im August, dass die Vorsichtsmaßnahmen einiger Kommunen nicht übertrieben seien. Der Kreis Hildesheim etwa wolle bei einem Gasausfall öffentliche Wärmehallen bereitstellen (vgl. Braunschweiger Zeitung vom 22. August dieses Jahres).

Und auch in Braunschweig gibt es seit Längerem bereits Überlegungen, welche Anlaufstellen man bei einem andauernden Stromausfall schaffen können.

Zugegebenermaßen fußten diese Überlegungen vor Beginn des Krieges in der Ukraine am 24. Februar dieses Jahres auf einem möglichen Naturereignis als Ursache.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Sieht die Verwaltung Möglichkeiten für Wärmehallen im Stadtgebiet?
2. Wie fügt sich diese Idee in die Überlegungen zur Schaffung von Leuchttürmen zur Stromversorgung?
3. Besteht gegebenenfalls die Möglichkeit einer Kooperation mit ansässigen Unternehmen?

Anlagen:

keine